

Zivilgesellschaft und Demokratie

Die Perspektive der Aktivistin

Christine Scheel

Als Aktivistin seit Ende der 1970er Jahre möchte ich den abschließenden Gedanken von Dieter Rucht (*in diesem Band*) zur Bedeutung der Demokratie für die Zivilgesellschaft aufgreifen. Demokratie ist die Grundlage dafür, dass sich Zivilgesellschaft überhaupt herausbilden kann. Ohne diese Gegebenheit hätten wir in der Zivilgesellschaft in Bezug auf all die Gruppierungen und Initiativen, die sich organisiert haben – vor allem im Hinblick auf die 1970er und 1980er Jahre – nicht die Legitimität gehabt zu sagen, wir wollen in dieser demokratischen Gesellschaft Änderungen erwirken. Inhaltlich machten wir das fest an dem, was die Politik aus Sicht der gegründeten Initiativen falsch oder zu wenig umsetzte. Hierzu gehörte die Thematik Abrüstung und Frieden, die viele Menschen zu Sitzblockaden an geeigneten Standorten und Demonstrationen mit der Bildung von Menschenketten motivierte. In diesen Zeiten ging es darum, Gewalt gegen Frauen auch in der Ehe endlich ernster zu nehmen und gesetzgeberisch tätig zu werden. Seinerzeit wurde die Atompolitik mit dem Bau von Atomkraftwerken von den regierenden Parteien CDU/CSU/FDP, aber auch der SPD, noch als zukunftsweisend gesehen. Aktuell ist es die Klimapolitik und die Klimakrise, die vor allem auch junge Menschen wieder auf die Straße bringt mit dem Vorwurf an die Regierenden, zu wenig für eine zukunfts- und überlebensfähige Welt zu tun, die den nächsten Generationen eine gute Zukunft bietet. Es sind immer wieder große Themen, die viele Bürgerinnen und Bürger bewegen und neue Bewegungen in unserer Bürgergesellschaft heranwachsen lassen.

Ich bin jemand, die bereits in der Gründungsphase der GRÜNEN in Bürgerinitiativen und Bewegungen aktiv war und durch dieses Engagement, vor allem im Umweltbereich, aber auch frauenpolitisch bewegt, letztendlich in die parlamentarische Politik hineingegangen ist.

Die meisten Organisationen, die es in den 70er Jahren gab, haben sich institutionalisiert und so kam die Gründung einer neuen Partei, der GRÜNEN, überhaupt zustande. Fast alle sind aus der Antiatombewegung, aus der Frauenbewegung oder aus der Friedensbewegung gekommen, wobei die Übergänge der einzelnen Themen bei vielen fließend waren; geleitet von dem Anspruch, nicht nur auf der Straße Position zu beziehen, sondern auch in den Parlamenten. Dies führte natürlich auch an der einen oder anderen Stelle zu Konflikten. Das Protestgeschehen war vielfältig. Die Friedens- und Ökologiebewegung war machtorientiert und die Frauenbewegung kulturorientiert. Doch eine kollektive Identität hat den öffentlichen Protest hervorgebracht und eine Wirksamkeit entfaltet, die sich im politischen Raum niederschlug. Wohlwissend, dass die Gesetzgebung der Regierung obliegt und die Initiativarbeit lediglich in der Gesellschaft ihre Wirkung entfaltet, sind Aktivisten bei Landtags- und Bundestagswahlen angetreten um die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern; andere sind bewusst in den Bewegungen geblieben, um den Druck aus der Gesellschaft heraus auf die politisch und in den Parlamenten Handelnden aufrecht zu erhalten. Der öffentliche Protest war in seiner Ausprägung und den Forderungen oft wesentlich radikaler, als dies die Kritiker z.B. der Atompolitik in den parlamentarischen Strukturen umsetzen konnten. So entstanden auch Brüche zwischen Handelnden in den Bewegungen und neu gewählten Politikern und Politikerinnen in den Parlamenten. Ein klassisches Beispiel war hierfür bundespolitisch die Geschwindigkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie. Die einen wollten einen Sofortausstieg, die anderen waren in den Zwängen eines geregelten und rechtlich sinnvollen Ausstiegsszenarios mit der Schaffung notwendiger parlamentarischer Mehrheiten verhaftet.

Exemplarisch zeigen lässt sich dies an der Protestbewegung gegen die in den 1980er Jahren geplante Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf in Bayern. Die Planung der sogenannten WAA in der Oberpfalz wurde von der bayerischen Staatsregierung an diesem Ort forciert in der Hoffnung, dass sich in der relativ dünn besiedelten Region kein Widerstand entwickelt, sondern sich diese Planung als Garant für zukünftige Arbeitsplätze vor Ort erweisen wird. Ich selbst war bereits Anfang/Mitte der 1980er Jahre als Aktive in der Antiatombewegung bei Demonstrationen und dem Besuch des von Gegnern errichteten Hüttendorfs ›Zeitzeugin‹ im Umgang der Staatsgewalt mit der unliebsamen Protestbewegung. Bereits vor 1986, als die GRÜNEN erstmals in den bayerischen Landtag gewählt wurden und auch ich ein Mandat erlangte, gab es in Wackersdorf die Unterstützung des sich vor Ort,

aus der örtlichen Bevölkerung heraus entwickelnden Protests durch immer mehr Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen.

Damals hat man dies in der bayerischen Landesregierung nicht wirklich ernst genommen. Es herrschte die Auffassung vor, dass ein paar Wenige anderer Meinung seien und dieser Widerstand sich nicht weiter auswaschen würde. Die Entwicklung des Widerstandes ist deshalb sehr interessant, da sie ihren Ursprung nicht in der bundesweiten Antiatombewegung hatte, sondern aus der lokalen Bevölkerung heraus entstand. Es war eine bürgerschaftliche Initiative, die sich erst regional gegründet hatte und daraufhin unterstützt wurde von Menschen aus der Antiatomkraftbewegung, die aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten. Der Kreis der Gegner und Gegnerinnen wuchs weiter an und bundesweit mit großer Aufmerksamkeit verfolgte Demonstrationen und Kundgebungen fanden unter Teilnahme von vielen Menschen aus den Kirchen, dem kulturellen Leben, Jugendverbänden bis hin zu Landwirten und Bürgerinnen und Bürgern statt, die bis zu diesem Zeitpunkt noch niemals an einer Demonstration teilgenommen hatten. Es brach durch die Vereinigung bürgerschaftlicher Bewegungen und institutionalisierter Organisationen etwas auf, das der herrschenden Politik große Sorgen bereitete. Dadurch tauchte die Frage auf: Wie stark ist der Staat? Wie setzt die bayerische Staatsregierung ihr Vorhaben gegen die Interessen von so vielen Menschen um, die sich mit den Fragen der Atomenergie und deren Auswirkungen intensiv beschäftigt haben? Ich kann mich noch sehr gut an Polizeieinsätze erinnern, die für beide Seiten sehr belastend waren. Für die Polizisten und Polizistinnen mit ihren Einsatzbefehlen und die Demonstrierenden, die mit bürgerlichem Ungehorsam ihrer Position Ausdruck verliehen. Der Protest sollte von Seiten der Staatsgewalt klein gehalten und niedergedrückt werden. Berliner Sondereinsatzkommandos mit martialisch wirkender Ausstattung kamen genauso zum Einsatz wie Wasserwerfer und Tränengaseinsätze. Ziel des Innenministers war es, mit der Staatsmacht Angst zu verbreiten. Mit allen Konsequenzen: Körperverletzungen, reihenweise Verhaftungen waren das bittere Ergebnis. Rechtliche Verfahren, die zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führten, kamen hinzu; und fehlerhafte Genehmigungsunterlagen konnten von Seiten der Anwälte des Widerstandes entlarvt werden.

Die Wirksamkeit dieser Entwicklung lag darin, dass in erster Linie das große und vielfältige Bündnis außerhalb der Politik, die gerichtliche Auseinandersetzung mit den Genehmigungsunterlagen, aber auch den Widerstand unterstützende Anträge und Anfragen von GRÜNEN und SPD im bayerischen Landtag gemeinsam dazu führten, dass sich die Umsetzung der WAA zeitlich

immer weiter nach hinten verschob und die Betreiberfirmen das Vorhaben letztendlich aufgaben mit der Begründung, das Projekt sei zu teuer und zeitlich nicht kalkulierbar. Die bayerische Staatskanzlei und das Kabinett haben dann fast kein Wort mehr darüber verloren und viele gerichtliche Auseinandersetzungen fanden sehr schnell ein Ende.

Klar ist, dass es ohne dieses bürgerschaftliche Engagement nicht gelungen wäre, dieses – auch aus heutiger Sicht – ›Wahnsinnsprojekt‹ zu verhindern. Es gab diese kollektive Identität über alle Altersgruppen hinweg: Jung, alt, Familien mit kleinen Kindern und die Vielfalt der unterschiedlichsten Berufe. Interessant ist hierbei auch die Wirksamkeit einer bürgerschaftlichen Bewegung auf die Politik. Es ging nicht nur um die Ablehnung der geplanten Anlage, sondern sowohl auf der parlamentarischen Ebene, wie auch in der Bewegung um die Ausgestaltung und Anwendung des Polizeiaufgabengesetzes. Was hat die Polizei für Rechte und Pflichten? Wer verantwortet die Herangehensweise bei den Einsätzen? Es ging auch darum, welche chemischen Stoffe gegen Demonstrierende eingesetzt werden dürfen und ob dies überhaupt verhältnismäßig sein kann. Es ging um Fragen des Miteinanderumgehens und um Bemühungen, mit Mediationsgesprächen zu einer Deeskalation beizutragen. Das Geschehen hatte eine gesellschaftliche Dimension, die weit mehr beinhaltete, als die in Politik und Gesellschaft wahrgenommene Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie. Letztendlich ging es auch um das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Staat.

Klar ist, dass es kein Atomausstiegsgesetz gegeben hätte, wenn die Antiatombewegung nicht weiter Druck auf die Politik ausgeübt hätte und die rot-grüne Bundesregierung in Berlin die Gesetzesgrundlage zum Ausstieg nicht auf den Weg gebracht hätte. In dieser Zeit haben etliche Pioniere und die Umweltbewegung eine andere Energieversorgung längst im Blick gehabt. So kam die Entwicklung zur Erzeugung von regenerativem Strom und Wärme aus der Gesellschaft heraus und wurde durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschleunigt. Kraftvolle Forderungen für eine dezentrale Versorgung mit den Erneuerbaren ließen viele Bürgergenossenschaften entstehen und führten letztendlich zu einer neuen Machtkonstellation. Nicht mehr die von der Regierung lange subventionierten Großkonzerne, sondern viele kleine Unternehmen haben mit ihren Investitionen eine neue Struktur geschaffen für eine wirklich nachhaltige Energieversorgung, bürgernah und ökologisch. Tausende neue Arbeitsplätze sind jenseits der Atom- und Kohleindustrie entstanden. So ist es der Zivilgesellschaft gelungen, mit wirtschaftspolitischem

und umweltpolitischem Know-how jahrzehntelange von der Politik gepflegte Machtstrukturen zu verändern.

Die sozio-kulturelle Frauenbewegung hat auch ihre Wirkung entfaltet und damit starken Einfluss auf die Politik ausgeübt. Nach dem Aufbruch in den 70er Jahren kämpften viele Frauen bundesweit in der Frauenbewegung 25 Jahre lang, bis endlich der Protest für eine Reform des Sexualstrafrechts im deutschen Parlament durch eine Gesetzesänderung erfolgreich war. Im Jahr 1997 beschloss der Deutsche Bundestag, dass Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt wird und der minderschwere Straftatbestand der Nötigung abgeschafft wird. Nur eine fraktionsübergreifende Frauenkoalition schaffte es, dass Fraueninteressen über das von Männern dominierte Parteiinteresse in Union und FDP gestellt wurden. Damit hat sich in der gesamten Gesellschaft etwas verändert und die Frauenbewegung der 70er bis zu den 90er Jahren wurde nicht mehr nur auf das Thema des umstrittenen Paragraphen 218 zur Abtreibung reduziert. Es ging um die Rolle der Frauen in der Ehe und auch um den Aufbau einer Infrastruktur, um Frauen in Not durch Frauennotruftelefone und der Errichtung von Plätzen in Frauenhäusern zu helfen, in denen Frauen auch mit Kindern Hilfe bekommen konnten. Gleichzeitig verstärkten sich Forderungen nach gleicher Bezahlung von Männern und Frauen, aber auch die Forderung nach einer guten Kinderbetreuung, um Arbeit und Beruf besser vereinen zu können. Die Wirksamkeit dieser Bewegung führte in den Landesparlamenten und im Bundestag zu gesetzgeberischen Entscheidungen, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Leider wurde die Frauenbewegung medial viele Jahre lang auf die Abtreibungsdebatte um den Paragraphen 218 reduziert und die Vielfalt der frauenpolitischen Belange in den Medien wenig thematisiert.

Natürlich werden in den Medien Themen aufgegriffen, die provokative Aussagen beinhalten. Doch was eine soziale Bewegung leistet und die differenzierte ehrenamtliche Tätigkeit in Organisationen und Initiativen, das wird meistens viel zu wenig zur Kenntnis genommen und gewürdigt. Um den Bogen zurück zum politischen Protest und der Bedeutung Demokratie für die Zivilgesellschaft zu schlagen, möchte ich abschließend feststellen, dass die Demokratie die Auflehnung der Zivilgesellschaft braucht, um zu überleben. Ja, sie braucht sogar auch einen gewissen Ungehorsam.

